

Bork, Christhart; Petersen, Hans-Georg

Working Paper

Ein Vergleich möglicher Datensätze zur Eignung für steuerpolitische Simulationsrechnungen

Finanzwissenschaftliche Diskussionsbeiträge, No. 20

Provided in Cooperation with:

Chair of Public Finance, University of Potsdam

Suggested Citation: Bork, Christhart; Petersen, Hans-Georg (1998) : Ein Vergleich möglicher Datensätze zur Eignung für steuerpolitische Simulationsrechnungen, Finanzwissenschaftliche Diskussionsbeiträge, No. 20, Universität Potsdam, Lehrstuhl Finanzwissenschaft, Potsdam, <https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus-8572>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/30774>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

UNIVERSITÄT POTSDAM

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALWISSENSCHAFTLICHE FAKULTÄT

FINANZWISSENSCHAFTLICHE DISKUSSIONSBEITRÄGE

Christhart Bork
Hans-Georg Petersen

**Ein Vergleich möglicher Datensätze
zur Eignung für steuerpolitische Simulationsrechnungen**



Diskussionsbeitrag Nr. 20

Potsdam 1997

Herausgeber:

Prof. Dr. Hans-Georg Petersen

Universität Potsdam

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Lehrstuhl für Finanzwissenschaft

Postfach 900 327

D - 14439 Potsdam

Tel. +49 331 977-3394

Fax: +49 331 977-3392

Christhart Bork

Hans-Georg Petersen

**Ein Vergleich möglicher Datensätze
zur Eignung für steuerpolitische Simulationsrechnungen**

Mit den Finanzwissenschaftlichen Diskussionsbeiträgen werden Manuskripte von den Verfassern möglichen Interessenten in einer vorläufigen Fassung zugänglich gemacht. Für Inhalt und Verteilung ist der Autor verantwortlich. Es wird gebeten, sich mit Anregungen und Kritik direkt an ihn zu wenden und etwaige Zitate aus seiner Arbeit vorher mit ihm abzustimmen. Alle Rechte liegen bei den Verfassern.

ISSN 0948 - 7549

**Ein Vergleich möglicher Datensätze
zur Eignung für steuerpolitische Simulationsrechnungen**

von:

Christhart Bork und Hans-Georg Petersen

1. Einleitung	1
2. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung	3
3. Lohn- und Einkommensteuerstatistik.....	4
4. Einkommens- und Transferschichtung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung	6
5. Sozio-ökonomisches Panel (SOEP).....	10
6. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)	13
7. Mikrodatensatz des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung.....	15
8. Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS)	17
9. International Social Survey Programme (ISSP)	18
10. Zusammenfassende Übersicht	19
11. Abschließende Bemerkungen.....	21
12. Literaturverzeichnis.....	21

1. Einleitung

Steuer- und Transferpolitische Simulationsmodelle zur Analyse der Aufkommens- und Verteilungswirkungen von Reformprozessen erfordern mindestens einen Datensatz, der die in der Bundesrepublik Deutschland existierende Einkommensverteilung befriedigend widerspiegelt. Die amtliche Statistik stellt eine Vielzahl von Daten zur Einkommenssituation in der Bundesrepublik Deutschland bereit, wobei in einigen Statistiken lediglich bestimmte Bevölkerungsgruppen betrachtet werden. *Euler* weist auf drei Quellen hin, die die Einkommensverteilung vergleichsweise umfassend darstellen: die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die Einkommensteuerstatistik und die Einkommens- und Verbrauchsstichproben.¹

Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes stellt eine aus der Sozialproduktsberechnung abgeleitete funktionale Einkommensverteilungsrechnung auf der Basis sektoral aggregierter Größen bereit. Einen weiteren Einblick in die Einkommensverteilung gibt die amtliche Steuerstatistik, der allerdings im Vergleich zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung andere begriffliche Abgrenzungen zugrunde liegen². Diese Daten können ebenso wie die der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zur Validierung von Modellen mit anderen, nichtamtlichen Datensätzen herangezogen werden. Zur Simulation alternativer Steuer- und Transfersysteme ist die funktionale Einkommensverteilung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung aufgrund der fehlenden Gliederungstiefe ungeeignet. Will man sich den privaten Haushalten, nach unterschiedlichen Kriterien differenziert und disaggregiert zuwenden, sind über diese Daten hinausgehende Verteilungsrechnungen notwendig.

Ende der fünfziger Jahre war man bestrebt den Wissensstand bei den Einkommensverteilungsrechnungen zu verbessern³. Zwei Datensätze dokumentieren seit dieser Zeit regelmäßig die bundesdeutsche Einkommensverteilung: einerseits die Einkommens- und Transferschichtung des Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und andererseits die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (Evs) des Statisti

¹ Vgl. Euler, M. (1985), S. 56.

² Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung verwendet das verfügbare Einkommen als Zielgröße zur Darstellung der Einkommen privater Haushalte; die Steuerstatistik weist den Bruttolohn für Lohnsteuerpflichtige und den Gesamtbetrag der Einkünfte für Einkommensteuerpflichtige nach.

³ Vgl. Kitterer, W. (1986), S. 25 ff und Lindner, H./Freitag, B. (1986), S. 141 ff

schen Bundesamtes⁴. Allerdings stehen der empirischen Forschung, abgesehen von lang zurückliegenden Untersuchungszeitpunkten der Evs⁵, diese Daten nicht vollständig als Mikrodatsätze zur Verfügung. Die Einkommens- und Transferschichtung des DIW ist nur teilaggregiert erhältlich; sie basiert nicht auf einer Stichprobenziehung, sondern ist eine "empirische Modellrechnung"⁶.

Mit dem Sozio-ökonomischen Panel ist seit 1984 ein Mikrodatsatz für die wissenschaftliche Nutzung bereitgestellt worden, der ebenfalls Rückschlüsse auf die personelle Einkommensverteilung zulässt. Derzeit erfolgen Bestrebungen, auch die Evs Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen als Mikrodatsatz zur Verfügung zu stellen. Des weiteren existieren synthetische Mikrodatsätze, die auf der Basis aggregierter Daten entwickelt wurden⁷. Darüber hinaus nutzte beispielsweise eine Forschergruppe des Sonderforschungsbereichs 3 Original-Veranlagungsdaten von Finanzbehörden für ihre Simulationsmodelle⁸. Derzeit verfügt das Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) über einen mit den Finanzbehörden abgeglichenen Mikrodatsatz⁹.

Nachfolgend werden diese potentiell nutzbaren Datensätze kurz charakterisiert und auf ihre Eignung für steuer- und sozialpolitische Simulationen hin untersucht. Zunächst erfolgt eine kurze Darstellung der Verteilungsrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, bevor auf die amtliche Lohn- und Einkommensteuerstatistik eingegangen wird. Dem schließt sich die Analyse der Einkommens- und Transferschichtung des DIW an. Darauffolgend werden die Mikrodatsätze des Sozio-ökonomischen Panels, der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und der Mikrodatsatz des IAW gewürdigt.

Sollen verhaltensorientierte Aspekte in die Modellierung miteinfließen, ist auf weitere sozialwissenschaftliche Umfragedaten zurückzugreifen. Dabei bieten sich die regelmäßigen Umfragedaten der "Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften" (ALLBUS) und des "International Social Survey Program" (ISSP) an. Beide Erhebungen liefern zwar auch Einkommensgrößen, die Stichprobengröße lässt eine

⁴ Vgl. Lindner, H. (1986).

⁵ Im Jahr 1988 standen nur die Evs aus den sechziger Jahren als vollständige Stichprobe für wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung; vgl. Heike, H.-D./Hellwig, O./Kaufmann, A. (1988), S. 112.

⁶ Bedau, K.-D./Freitag, B./Göseke, G./Meinhardt, V./Klatt, H. (1982), S. XIV.

⁷ Vgl. Gyárfás, G./Quinke, H. (1993).

⁸ Vgl. Kasella, T. (1994).

differenzierte Gliederung nach Herkunft und Höhe des Einkommens allerdings nicht zu. Vorteilhaft bei diesen Umfragen ist die umfangreiche Variablenausstattung in bezug auf Einstellungen und Vertrauen zu staatlichen Institutionen, so daß diese Datensätze zur Modellierung empirischer, verhaltensorientierter Simulationsmodelle genutzt werden können.

2. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Über die sektoralen Einkommensentstehungskonten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden, ausgehend von der Nettowertschöpfung, die empfangenen und geleisteten Erwerbs- und Vermögenseinkommen im Rahmen der Einkommensverteilungskonten in Vierteljahresabständen nachgewiesen¹⁰. Das Erwerbs- und Vermögenseinkommen gliedert sich in der Verteilungsrechnung nach den Salden des Einkommens aus unselbständiger Arbeit sowie aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Letzteres wird retrograd aus der Differenz zwischen den gut erfaßbaren Einkommen aus unselbständiger Arbeit und dem gesamten Volkseinkommens ermittelt¹¹. Von Nachteil an dieser Vorgehensweise ist die Vernachlässigung des Saldo aus indirekten Steuern und Subventionen, der zumindest partiell auch Einkommen der Wirtschaftssubjekte darstellt¹². Diese Abgrenzung führt dazu, daß die aus der Einkommensumverteilung resultierenden verfügbaren Einkommen bzw. die Summe der Einkommensverwendung größer ist als die relevante Größe der Einkommensverteilungsrechnung.

Trotz dieser Probleme liefert die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zumindest eine Richtgröße der funktionalen Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland. Für Simulationszwecke bzw. zur Validierung von Steuersimulationsmodellen dürfen sie jedoch nicht herangezogen werden. Gerade das Aggregat des Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ist wegen der Berechnungsweise und der erheblichen Differenzen zwischen den Einkommen der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit sehr kritisch zu betrachten¹³. Außerdem muß die perso

⁹ Vgl. Bork, C./Hochmuth, U./Kleimann, R. (1998).

¹⁰ Vgl. Kopsch, G. (1988), S. 19.

¹¹ Vgl. Kopsch, G. (1988), S. 20.

¹² Vgl. dazu und zur Problematik der Behandlung der Abschreibungen Kopsch, G. (1988), S. 21 f.

¹³ Vgl. Schüler, K. (1988), S. 53.

nelle Einkommensverteilung, nicht die funktionelle, von primärem Interesse für die Analyse distributiver Effekte steuerpolitischer Reformmaßnahmen sein.

3. Lohn- und Einkommensteuerstatistik

Die amtliche Lohn- und Einkommensteuerstatistik des Statistischen Bundesamtes erscheint dreijährig, jedoch mit einer Zeitverzögerung von etwa sechs Jahren. Die letzte vollständig zur Verfügung stehende Statistik stammt aus dem Jahr 1989 und berücksichtigt lediglich das frühere Bundesgebiet¹⁴. Dies resultiert aus dem time-lag der einkommensteuerlichen Veranlagung; die steuerstatistischen Daten müssen bis zum 30.9 des dritten auf den Erhebungszeitraum folgenden Jahres von den Finanzbehörden der Länder dem Statistischen Bundesamt bereitgestellt werden¹⁵.

Partiell können gegenwärtig einige Daten der 1992er Statistik direkt im Statistischen Bundesamt erfragt werden. Dieser erhebliche Zeitverzug zwischen Erhebungs- und Veröffentlichungszeitraum ist einerseits durch Verzögerungen bei dem Abschluß des jeweiligen Veranlagungsjahres¹⁶ und andererseits durch umfangreiche Aufbereitungsarbeiten der Finanzbehörden sowie des Statistischen Bundesamtes begründet. Naturgemäß liefert die Lohn- und Einkommensteuerstatistik die steuerrelevante, personelle Einkommensverteilung. Nachteilig an dieser amtlichen Statistik ist für umfassende Verteilungsanalysen die Untererfassung von laufenden Übertragungen, da sie teilweise nicht und bei Leibrenten aufgrund der Ertragsanteilsbesteuerung gar nicht oder nur zu einem geringen Prozentsatz erfaßt sind. Des weiteren muß berücksichtigt werden, daß bestimmte Einkommensbestandteile nicht der Einkommensbesteuerung unterliegen und daher in der Steuerstatistik nicht nachgewiesen sind.

Die Daten aus dieser amtlichen Statistik liegen jedoch aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht als Mikrodaten vor, sondern es erfolgt ein tabellarischer Nachweis aggregierter Größen, die in der Lohnsteuerstatistik nach dem Bruttolohn sowie dem Gesamtbetrag der Einkünfte und in der Einkommensteuerstatistik nur nach dem Gesamtbetrag der Einkünfte geschichtet sind. Daten der Lohnsteuerstatistik liegen geschichtet nach 32 Bruttolohnklassen vor, die Einkommensteuerstatistik klassifiziert

¹⁴ Die Statistik von 1992 wird voraussichtlich im Mai 1998 erscheinen.

¹⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt (1995), S. 10.

¹⁶ Zensiten, die auf Antrag zur Einkommensteuer veranlagt werden, haben nach Ablauf des Veranlagungsjahres zwei Jahre Zeit zur Abgabe ihrer sogenannten Antragsveranlagung.

nach 18 Klassen des Gesamtbetrags der Einkünfte¹⁷. Wir verwenden nachfolgend diese Daten als Referenzgröße für den Vergleich mit anderen Datensätzen¹⁸.

Die in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nachgewiesene Bruttolohn- und Gehaltssumme von 1992 wird durch die Summe der Einkünfte aus unselbständiger Arbeit der zusammengeführten Lohn- und Einkommensteuerstatistik zu ca. 90 % erreicht. Der zwar nur beschränkt aussagefähige Vergleich vom Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen mit den entsprechenden steuerlichen Einkünften führt zu einer erheblichen Differenz zwischen den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der Steuerstatistik. Das Einkommen aus Unternehmertätigkeit wird durch die Summe positiver Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb, selbständiger Arbeit sowie Vermietung und Verpachtung lediglich zu ca. 42 % erreicht. Ein ähnliches Verhältnis resultiert aus dem Vergleich der Vermögenseinkommen mit den steuerlichen Einkünften aus Kapitalvermögen. Insgesamt erreichen die einkommensteuerlichen Einkünfte nur einen Anteil von ca. 72 % an der Bruttolohn- und Gehaltssumme sowie den Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Dies schränkt Aussagen zur tatsächlichen Einkommensverteilung auf der Basis der Lohn- und Einkommensteuerstatistik erheblich ein. Jedoch wird verdeutlicht, daß das zu versteuernde Einkommen, welches aus Unternehmertätigkeit und

¹⁷ Die Bruttolohnschichtung der Lohnsteuerstatistik 1992 mit der Anzahl der Steuerpflichtigen und der Bruttolohnsumme ist uns freundlicherweise vom Statistischen Bundesamt differenziert nach alten und neuen Bundesländern bereitgestellt worden.

¹⁸ Selbstverständlich kann die in der Lohnsteuerstatistik ausgewiesene Bruttolohnsumme nur einen näherungsweisen Vergleich leisten. Ein Vergleich der Bruttolohnsumme aus der Lohnsteuerstatistik 1992 mit der Bruttolohn- und -gehaltssumme aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung kommt jedoch zu dem Ergebnis, daß letztere durch die Bruttolohnsumme zu 97,7 % abgedeckt wird. Vergleicht man die Summe der positiven Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit der zusammengeführten Lohn- und Einkommensteuerstatistik mit der Summe der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit der Lohnsteuerstatistik, ist die der zusammengeführten Statistik kleiner als die der Lohnsteuerstatistik, obgleich es umgekehrt zu erwarten wäre. Auch die Zahl der Steuerpflichtigen ist in der zusammengeführten Statistik um 6,6 % kleiner als in der Lohnsteuerstatistik; vgl. Statistisches Bundesamt (1997b), S. 536 f. und 546.

Eine saubere Trennung zwischen lohn- und einkommensteuerpflichtigen Zensiten scheidet nicht zuletzt wegen der mangelnden Datenverfügbarkeit. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme stellt zudem die einzig verlässliche bzw. vergleichbare Größe zwischen den verschiedenen Datensätzen dar. Eine Aufgliederung zwischen der Lohn- und Einkommensteuerstatistik brächte dabei keinen weiteren Informationsgewinn.

Vermögen stammt, erheblich unter dem entsprechenden "wahren" Einkommen liegt¹⁹.

4. Einkommens- und Transferschichtung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

Aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, der Bevölkerungsstatistik und einer Vielzahl primärstatistischer Erhebungen ist vom DIW eine makroökonomisch orientierte Einkommensverteilungsrechnung der privaten Haushalte entwickelt worden. Sie erscheint in einem fünfjährigen Turnus. Die aktuellste verfügbare Einkommens- und Transferschichtung bezieht sich auf das frühere Bundesgebiet und stammt aus dem Jahr 1992. Die Einkommens- und Transferschichtung ist in der Vergangenheit vielfach als Datenbasis zur Simulation alternativer Steuer- und Transfersysteme genutzt worden²⁰.

Die Bezugsgöße für die Schichtung ist das Bruttoerwerbs- und Vermögenseinkommen, das aus den Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung abgeleitet wird²¹. Die Schichtung erfolgt in 20 nicht äquidistanten Größenklassen. Das DIW unterscheidet acht soziale Stellungen (Arbeiter, Angestellte, Beamte, Selbständige, Land- und Forstwirte, Arbeitslose, Versorgungsempfänger und Rentner) und fünf Haushaltsgrößen mit zwei Einkommensbezieherklassen. Hinsichtlich der Gruppierung nach der jeweiligen sozialen Stellung ist festzustellen, daß die Gruppe der Rentner eine Restgröße darstellt, in der sich Nichterwerbspersonen wiederfinden, die von öffentlichen oder betrieblichen Sozialleistungen oder sonstigen laufenden Übertragungen, Vermögenseinkommen und ähnlichen Leistungen leben²². Durch Kombi

¹⁹ Diese Diskrepanz ist in der Literatur bekannt und beruht auf mehreren Ursachen: Zum einen werden in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung lineare Abschreibungen zu Wiederbeschaffungswerten angesetzt, zum anderen erfaßt die Steuerstatistik die Einkommen des Veranlagungsjahres aufgrund des Stichtages bei der Ermittlung nicht vollständig. Eine ausführliche Dokumentation der Abweichungsgründe liefert Schüler, K. (1988), S. 54 f. Darüber hinaus ist zu vermuten, daß ein Teil des individuellen Einkommens der Finanzverwaltung partiell nicht zur Kenntnis gebracht wird.

²⁰ Vgl. Hüther, M. (1992), S. 159 ff.; Müller, M. (1992), S. 41 ff.; Nagel, T. (1992); Bork, C. (1997).

²¹ Konzeptionell unterscheidet sich das in der Einkommens- und Transferschichtung ausgewiesene Bruttoerwerbs- und Vermögenseinkommen von dem des Statistischen Bundesamtes dadurch, daß in den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit die unterstellten Sozialbeiträge der Arbeitgeber und im Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen die nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen ohne Rechtspersönlichkeit nicht enthalten sind; vgl. Lindner, H./Freitag, B. (1986), S. 152.

²² Vgl. Bedau, K.-D./Freitag, B./Göseke, G./Meinhardt, V./Klatt, H. (1982), S. 16.

nation dieser Kriterien lassen sich insgesamt 180 Subkategorien mit zum Teil geringen bzw. überhaupt keinen Besetzungszahlen unterscheiden.

Beträchtliche Schwierigkeiten resultieren aus der Schichtung der Haushalte nach dem Bruttoerwerbs- und Vermögenseinkommen, das die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge zu den gesetzlichen Sozialversicherungssystemen einschließt²³. Nicht integriert in die Basisgröße der Schichtung sind die empfangenen laufenden Übertragungen; dies verursacht das Problem, daß die Richtgröße der Schichtung nicht dem Bruttoeinkommen eines Haushalts entspricht. Grundlage vieler Haushaltsentscheidungen ist allerdings ein sogenanntes "Basiseinkommen", das die laufenden empfangenen Übertragungen, aber nicht die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung enthält²⁴. Die starre Schichtung nach dem Bruttoerwerbs- und Vermögenseinkommen ist dabei besonders problembehaftet, weil sie große Einkommensbestandteile bei der Schichtung nur unzureichend berücksichtigt. Beispielsweise sind über eine veränderte Besteuerung der Renteneinkommen keine differenzierten Aussagen über distributive Effekte möglich²⁵.

Der Datensatz kann lediglich als Basis eines Gruppensimulationsmodells dienen; sämtliche aus ihm gewonnenen individuellen Daten beruhen auf Durchschnittswerten und ziehen keine individuellen, steuerrelevanten Merkmale der Haushalte in Betracht. Des weiteren ist die Anlehnung an die amtliche Statistik kritisch zu beurteilen, da das zugrundeliegende Bruttoeinkommen von dem einkommensteuerlich maßgebenden Bruttoeinkommen deutlich abweicht²⁶.

²³ Vgl. Bedau, K.-D./Freitag, B./Göseke, G./Meinhardt, V./Klatt, H. (1982), S. 66.

²⁴ Vgl. Krupp, H.-J. (1975), S. 14.

²⁵ Die Mehrheit der Rentenempfänger findet sich aufgrund eines geringen oder fehlenden Bruttoerwerbs- und Vermögenseinkommen in der ersten Einkommensklasse, obgleich ihr tatsächliches Bruttoeinkommen inklusive laufender Übertragungen eine Eingruppierung in einer höheren Einkommensklasse erfordern würde.

²⁶ Vgl. Abschnitt 3. Führt man sich dies vor Augen, resultiert aus der strikten Anlehnung an die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung eine verzerrte, wenn nicht gar falsche personelle Einkommensverteilung. Des weiteren ist davon auszugehen, daß aufgrund von Steuervermeidungs- und -hinterziehungstatbeständen unter Zugrundelegung des Bruttoerwerbs- und Vermögenseinkommen ein zu hohes Steueraufkommen simuliert würde. Von daher ist dieser Faktor im Rahmen eines Modells zu berücksichtigen. Dies kann wiederum nicht individuell, sondern nur im Durchschnitt und bestenfalls differenziert nach Einkommensklassen erfolgen. Vgl. Bork, C. (1997), S. 14.

Im folgenden findet ein Vergleich der in der Lohnsteuerstatistik ausgewiesenen Bruttolohnsumme mit der der Einkommens- und Transferschichtung statt²⁷. Die Vergleichbarkeit ist jedoch nur sehr eingeschränkt möglich, weil es sich bei der Lohnsteuerstatistik um Steuerpflichtige und bei der Einkommens- und Transferschichtung um Haushalte handelt²⁸. Zumindest die Bruttolohnsumme innerhalb der einzelnen Einkommensklassen sollte eine annähernde gleiche Höhe aufweisen. Dieser Vergleich stößt auf Schwierigkeiten, weil die Einkommens- und Transferschichtung nur die Bruttoerwerbs- und Vermögenseinkommen ausweist. Diese Größe ist folglich um die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und um die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zu reduzieren²⁹.

Um Verzerrungen der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, die im Bruttoerwerbs- und Vermögenseinkommen enthalten sind, zu eliminieren, werden bei dem Vergleich nur die sozialen Stellungen der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Versorgungsempfänger und Rentner betrachtet; sie repräsentieren insgesamt ca. 96 % der Einkommen aus unselbständiger Arbeit. Trotz approximativer Berechnungsweise erreicht die Bruttolohnsumme der Einkommens- und Transferschichtung den in der Lohnsteuerstatistik nachgewiesenen Wert zu 95 %, wobei die Zahl der Haushalte um fast 10 % höher ist als die der Steuerpflichtigen der Lohnsteuerstatistik³⁰.

²⁷ Die fehlende Übereinstimmung der Bruttolohnschichtung der Lohnsteuerstatistik mit der der Einkommens- und Transferschichtung erfordert ein Anpassen der Lohnsteuerstatistik an die Einkommens- und Transferschichtung. Unter der Annahme, daß die Besetzungszahlen innerhalb der einzelnen Klassen in der Lohnsteuerstatistik gleichverteilt sind, wird die Bruttolohnschichtung zerlegt und derjenigen der Einkommens- und Transferschichtung angeglichen.

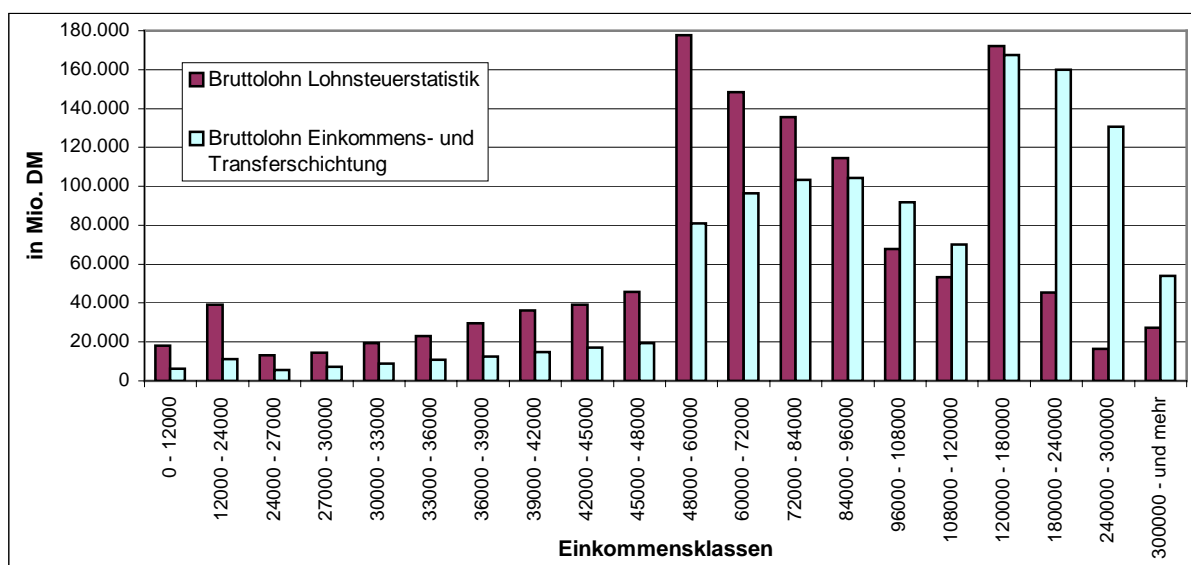
²⁸ Allerdings handelt es sich bei den Steuerpflichtigen auch zum großen Teil um Haushalte, so daß die unterschiedlichen Definitionen keine allzu großen Auswirkungen haben dürften.

²⁹ Quoten der funktionalen Einkommensverteilung des Bruttoerwerbs- und Vermögenseinkommens sind lediglich in bezug auf die soziale Stellung und die Haushaltsgröße verfügbar; hierzu wird auf die vom DIW veröffentlichten Verteilungsquoten zurückgegriffen; vgl. DIW (1994). Es ist allerdings anzunehmen, daß gerade in den höheren Einkommensklassen der Anteil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen deutlich höher ausfällt als in den unteren Einkommensklassen. Dies wird auch im folgenden deutlich, wenn ein Vergleich der klassifizierten Bruttolohnsumme der Lohnsteuerstatistik mit den Werten der Einkommens- und Transferschichtung erfolgt. Dabei ist einschränkend anzumerken, daß auch die Daten aus der Steuerstatistik das tatsächliche Einkommen aufgrund des Gewinnermittlungsverfahrens und möglicher Sonderabschreibungen unterrepräsentieren können.

³⁰ Diese Vorgehensweise ist sicherlich mit Unschärfen behaftet; sie stellt allerdings ein pragmatisches Vorgehen dar. Da die Einkommens- und Transferschichtung aus den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung abgeleitet ist, ist ein Vergleich mit dieser aufgrund der Identität der Ausgangsbasis kaum sinnvoll.

Wendet man sich der Verteilung der Bruttolohnsumme innerhalb der Einkommensklassen zu (vgl. Abbildung 1), zeigt sich ein differenzierteres Bild. Bis zu einer Bruttolohnhöhe von 96.000 DM ist in der Einkommens- und Transferschichtung die Bruttolohnsumme deutlich unterrepräsentiert. In den drei oberen Einkommensklassen der Einkommens- und Transferschichtung findet sich gegenüber der Lohnsteuerstatistik eine höhere Bruttolohnsumme. Dieser - zwar unter restriktiven Annahmen³¹ - durchgeführte Vergleich verdeutlicht dennoch die eingeschränkte Aussagefähigkeit einer Verteilungsanalyse auf der Basis dieses Datensatzes.

Abbildung 1: Bruttolohnsumme der Einkommens- und Transferschichtung 1992 und der Lohnsteuerstatistik 1992, früheres Bundesgebiet



Angesichts dieser Verteilung scheint die Annahme der prozentualen, nach sozialer Stellung differenzierten Aufteilung der Bruttoerwerbs- und Vermögenseinkommen kaum haltbar, vielmehr müßte das Bruttoerwerbs- und Vermögenseinkommen differenziert nach der Einkommenshöhe in das Einkommen aus unselbständiger Arbeit sowie aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zerlegt werden, was aufgrund mangelnder Datenverfügbarkeit scheitert. Aus einer durchschnittlichen Zerlegung folgen erhebliche Verzerrungen, die eine Verteilungsanalyse auf dieser Basis obsolet erscheinen läßt³².

³¹ Auch bei der Konstruktion von Simulationsmodellen, die die Einkommens- und Transferschichtung nutzen, muß aus Gründen der Datenverfügbarkeit auf restriktive Annahmen, die der Differenzierung des Bruttoerwerbs- und Vermögenseinkommens nach steuerlichen Einkunftsarten zugrunde liegen, zurückgegriffen werden.

³² Eine Aufkommensanalyse ist aufgrund der Beschränkung auf das frühere Bundesgebiet gleichfalls kaum sinnvoll.

5. Sozio-ökonomisches Panel (SOEP)

Vergleichbar mit der *Panel Study of Income Dynamics* (PSID) in den Vereinigten Staaten³³ existiert in der Bundesrepublik Deutschland seit 1984 eine Längsschnittbefragung zu sozioökonomischen Gegebenheiten. Sie ist aus der Kooperation des Sonderforschungsbereich 3 "Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik" der Universitäten Frankfurt/Main und Mannheim mit dem DIW hervorgegangen. Das Panel besteht aus unterschiedlichen Teilstichproben; begonnen wurde mit zwei Teilstichproben, einerseits Haushalte deren Haushaltsvorstand nicht zu den hauptsächlichen Gastarbeiternationalitäten gehören, andererseits eben diese Haushalte mit einem Haushaltsvorstand türkischer, griechischer, jugoslawischer, spanischer oder italienischer Nationalität³⁴. Die Gastarbeiterstichprobe ist gegenüber der ersten Teilstichprobe überrepräsentiert, um für einzelne Nationalitäten differenzierte Untersuchungen durchführen zu können. Im Jahr 1990 ist während des sich anbahnenden Wiedervereinigungsprozesses die erste Stichprobe für die neuen Bundesländer und seit 1994/95 eine Teilstichprobe für Einwanderer erhoben worden³⁵. Die erste Welle startete mit der Befragung von 5.921 Haushalten und 12.245 den Haushalten zugehörigen Personen³⁶, die das 16. Lebensjahr vollendet hatten.

Das Panel enthält u.a. folgende Themenschwerpunkte: Haushaltszusammensetzung, Erwerbs- und Familienbiographie, Erwerbsbeteiligung, Einkommensverläufe, Gesundheit und Lebenszufriedenheit. Die Teilnahme an der Befragung beruht auf freiwilliger Basis und wird nicht vergütet. Die Datenerhebung erfolgt i.d.R. durch ein Interview, mit dem "Infratest Sozialforschung" beauftragt ist. Alle Auskunftgeber geben die Befragten am Tag der Interviews. Hierdurch und z.B. durch die Selbsteinstufung der Einkommenshöhe können Verzerrungen entstehen; insbesondere im Vergleich zu einer Auskunftspflicht oder einer dauerhaften Auskunftsangabe wie beispielsweise das Führen eines Haushaltsbuches zur Beobachtung der Einnahmen oder Ausgaben³⁷.

³³ Zu detaillierten Informationen über die Panelstudie vgl. Brown, C./Duncan, G. J./Stafford, F. P. (1996), S. 155 ff.

³⁴ Vgl. zur ausführlichen Dokumentation des Stichprobendesigns und der Weiterverfolgungsmethodik Hanefeldt, U. (1987) und Haisken-De New, J. P./Frick, J. R. (1996).

³⁵ Vgl. Haisken-De New, J. P./Frick, J. R. (1996), S. 3.

³⁶ Zur Panelmortalität vgl. Pannenberg, M./Rendtel, U. (1995), S. 6.

³⁷ Vgl. Euler, M. (1983), S. 813 ff.

Ein erstes Simulationsmodell zur Analyse von Aufkommens- und Verteilungswirkungen von Einkommensteuerreformen ist am Sonderforschungsbereich 3 entwickelt worden³⁸. Gegenwärtig existiert noch ein weiteres Simulationsmodell, das Daten des SOEP zu diesem Zweck nutzt³⁹. Allerdings hängt die Nutzbarkeit der Daten im wesentlichen von der Zuverlässigkeit und der hinreichend guten Abbildung der Einkommenssituation der Befragten ab.

Wird die hochgerechnete Bruttolohnsumme des SOEP mit derjenigen aus der Lohnsteuerstatistik verglichen, zeigt sich eine relativ gute Übereinstimmung mit den Daten der Lohnsteuerstatistik; die 1992 amtlich nachgewiesene Bruttolohnsumme von 1.385 Mrd. DM wird mit den hochgerechneten 1.372 Mrd. DM des Sozio-ökonomischen Panels nahezu erreicht. Um einen direkten Vergleich mit der Lohnsteuerstatistik durchführen zu können, sind zunächst einige Transformationen erforderlich: Bei Verheirateten wird grundsätzlich eine Zusammenveranlagung unterstellt und der Bruttolohn der Ehegatten zusammengefaßt. Das Panel beinhaltet etwa eine Million mehr Steuerpflichtige als die Lohnsteuerstatistik, so daß der durchschnittliche Bruttolohn mit 49.070 DM gegenüber 51.423 DM etwas geringer ausfällt⁴⁰.

Die Einkünfte aus Gewerbebetrieb, Land- und Forstwirtschaft sowie selbständiger Arbeit sind im Panel nur als eine zusammengefaßte Einkunftsart aufgeführt. Allerdings ist die hochgerechnete Summe mit 149,8 Mrd. DM gegenüber dem Nachweis in der Steuerstatistik von zusammengenommen 224,1 Mrd. DM deutlich niedriger⁴¹. Bei der Summe der Einkünfte aus Kapitalvermögen wird in der Steuerstatistik eine Höhe von 53,7 Mrd. DM ausgewiesen; im Panel werden 40,4 Mrd. DM Zins- und Dividendeneinnahmen nachgewiesen⁴². Im Hinblick auf die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung sind 3,8 Mrd. DM im Panel dokumentiert⁴³. Die Steuerstatistik weist

³⁸ Vgl. van Essen, U./Kassella, T./Landua, M. (1986).

³⁹ Vgl. Wagenhals, G. (1996).

⁴⁰ Verwunderlich dabei ist, daß Auskunftsverweigerungen bei den Fragen nach dem Bruttolohn immerhin eine Höhe von 11,2 % erreichen, obgleich die Befragten den Status eines voll Erwerbstätigen angegeben hatten. Diese Lücke könnte aus entsprechenden Hochrechnungsfaktoren resultieren, die von Welle zu Welle an einigen bestimmten Größen ausgerichtet werden. Dies wiederum kann Verzerrungen von Variablen, die bei der Anpassung nicht berücksichtigt worden sind, zur Folge haben.

⁴¹ Vgl. Statistisches Bundesamt (1997b), S. 536 f.

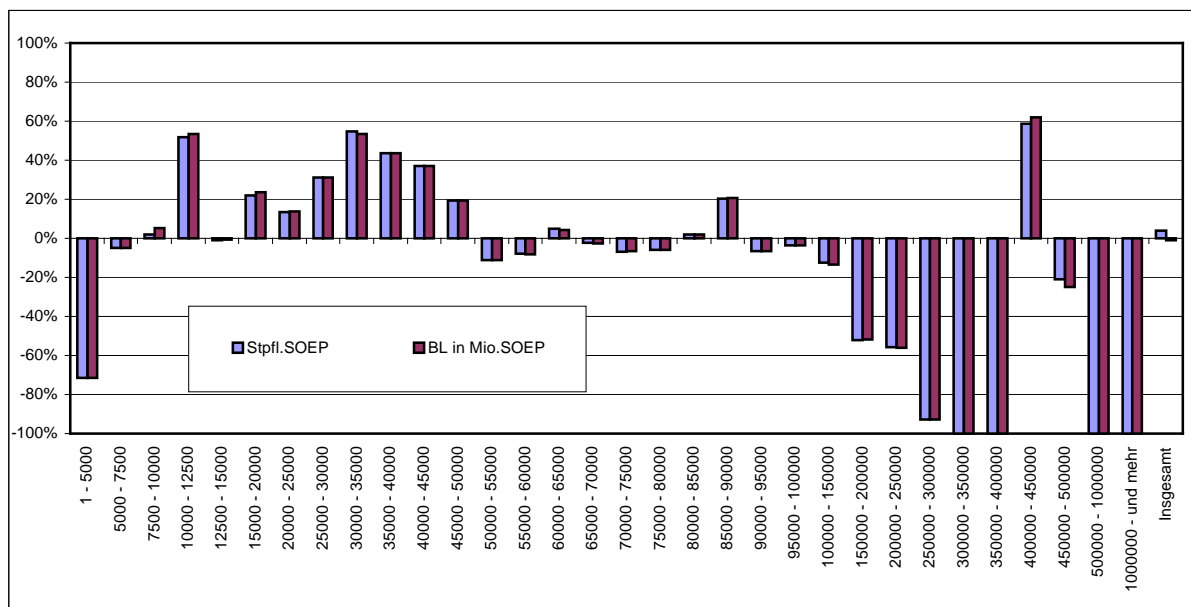
⁴² Befragte haben die Möglichkeit ihre Zins- und Dividendeneinnahmen exakt zu quantifizieren oder aber zwischen fünf Klassen zu wählen; bei den klassifizierten Angaben sind die Klassenmittelwerte zur Berechnung unterstellt worden.

⁴³ Diese Summe resultiert aus Einnahmen von 40,7 Mrd. DM und gegenüberstehenden Kosten von 36,9 Mrd. DM.

ausgeglichene negative Einkünfte in Höhe von 10,7 Mrd. DM nach⁴⁴. Dies könnte als Indiz dafür gesehen werden, daß einem Großteil der steuerlich ausgewiesenen negativen Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung keine tatsächlichen Verluste gegenüberstehen, da im SOEP explizit nach den tatsächlichen Kosten und nicht nach den steuerlich relevanten Kosten gefragt wird⁴⁵.

Betrachtet man jedoch die Verteilung der Steuerpflichtigen und die der Bruttolohnsumme innerhalb der Bruttolohnklassen, zeigen sich deutliche Verzerrungen gegenüber der Lohnsteuerstatistik.

Abbildung 2: Abweichungen in der Bruttolohnsumme und der Anzahl der Steuerpflichtigen des SOEP von der Lohnsteuerstatistik 1992



Im niedrigsten Segment, dem Bruttolohn von 0 bis 5000 DM, weichen die Paneldaten um ca. 70 % von denen der Lohnsteuerstatistik ab. Der mittlere Einkommensbereich wird von den Daten des Panels deutlich überrepräsentiert, während derjenige ab ca. 100.000 DM stark unterrepräsentiert ist. Lediglich im Bereich zwischen 400.000 und 450.000 DM weist das Panel eine ca. 60 % höhere Bruttolohnsumme auf. Insgesamt ist festzustellen, daß das Sozio-ökonomische Panel die amtliche Bruttolohnsumme gut erreicht, aber dem Anspruch einer nach Einkommensklassen differenzierten Verteilungsanalyse nur bedingt gerecht werden kann.

⁴⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt (1997b), S. 536 f.

⁴⁵ Vgl. Bork, C./Müller, K. (1997).

6. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (Evs)

In der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe werden regelmäßig - alle fünf Jahre - maximal 0,3 % der Bevölkerung auf freiwilliger Basis nach ihrem Einkommen und ihren Ausgaben befragt. Insgesamt umfaßt die aktuelle Stichprobe⁴⁶ aus dem Jahr 1993 50.404 Haushalte⁴⁷. Die Haushaltsgruppierung wirft dahingehend Probleme auf, daß in einem Haushalt mehrere Steuerpflichtige bzw. Steuerfälle enthalten sein können, d.h. zum Haushalt zählen beispielsweise auch Kinder, die bereits über ein eigenes steuerpflichtiges Einkommen verfügen⁴⁸. Aufgrund des Stichprobencharakters der Evs und der naturgemäß begrenzten Fallzahl werden nur Haushalte mit einem Jahreseinkommen kleiner als 420.000 DM nachgewiesen⁴⁹. Die Hochrechnung auf die Grundgesamtheit erfolgt mit den Rahmendaten des Mikrozensus⁵⁰. Vorteilhaft ist die tiefe Ausdifferenzierung nach Einkommen, Haushaltstyp und sozialer Stellung der Bezugsperson⁵¹. Bedingt durch die zentrale Untersuchungseinheit Haushalt werden keine Personen in Anstalten oder in Gemeinschaftsunterkünften in die Stichprobe einbezogen.

Hinsichtlich der Einkommen stellt die Evs auf das Haushaltsbrutto- und -nettoeinkommen als Zielgröße ab, und unterscheidet sich damit konzeptionell von der Steuerstatistik und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung⁵². Nach unterschiedlichen Kategorien differenzierte Ausgaben privater Haushalte finden derzeit ausschließlich in der Evs einen Nachweis. Umfaßt das Untersuchungsobjekt also auch konsumtive Tatbestände, wie z.B. die Berücksichtigung konsumorientierter

⁴⁶ Zur Art der Stichprobenziehung Hertel, J. (1997), S. 45 f..

⁴⁷ Vgl. Statistisches Bundesamt (1997a), S. 44 f.

⁴⁸ Beabsichtigt man, Haushaltsdaten als Grundlage eines Steuersimulationsmodells zu verwenden, muß anhand unterschiedlicher Hypothesen das ausgewiesene Haushaltseinkommen auf die im Haushalt lebenden Steuerpflichtigen aufgeteilt werden. Dies kann zu Fehlern führen.

⁴⁹ Vgl. Statistisches Bundesamt (1997a), S. 11.

⁵⁰ Der Mikrozensus wird seit 1957 durchgeführt; der Umfang umfaßt 1 % der Bevölkerung und die Fragestellung bezieht sich hauptsächlich auf sozioökonomische Tatbestände; vgl. Emmerling, D./Riede, T. (1997), S. 160 ff.

⁵¹ Vgl. Statistisches Bundesamt (1997a), S. 11.

⁵² Vgl. Euler, M. (1985), S. 58.

Steuern, muß auf diese Datenbasis zurückgegriffen werden. Die Ausgabedaten liegen in neun Hauptkategorien mit stark differenzierter Untergliederung vor⁵³.

Der empirischen Forschung steht gegenwärtig eine 80 %ige faktisch anonymisierte Substichprobe der Evs zur Verfügung. Die Daten stammen aus einem Grund- und Schlußinterview sowie den Jahresrechnungen, in denen sämtliche Einnahmen und Ausgaben erfaßt sind. Die im Grundinterview erfolgte Angabe der Einkommensgröße wird im Rahmen der Aufbereitungsarbeiten einem Plausibilitätstest unter Zuhilfenahme der Angaben aus den Haushaltsbüchern der Jahresrechnungen unterworfen⁵⁴.

Die aggregierte Bruttolohn- und -gehaltssumme der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird durch die hochgerechnete Evs zu 97,6 %, das Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zu 92,7 % erreicht⁵⁵. Im folgenden wird die relative Abweichung der Verteilung der Steuerpflichtigen und der dazugehörigen Bruttolohnsumme über die Einkommensklassen betrachtet (vgl. Abbildung 3)⁵⁶.

Eine differenzierte Analyse des Bruttoeinkommens innerhalb der einzelnen Einkommensklassen zeigt, daß durch das "Abschneiden" der Befragten bei einem monatlichen Bruttoeinkommen von 35.000 DM alle Einkommensklassen ab 200.000 DM pro Jahr stark und diejenigen mit einem Bruttoeinkommen über 450.000 DM völlig unterrepräsentiert sind. In allen darunterliegenden Einkommensklassen wird die Einkommensverteilung - abgesehen von der niedrigsten Einkommensklasse - mit vergleichsweise geringen Abweichungen erreicht.

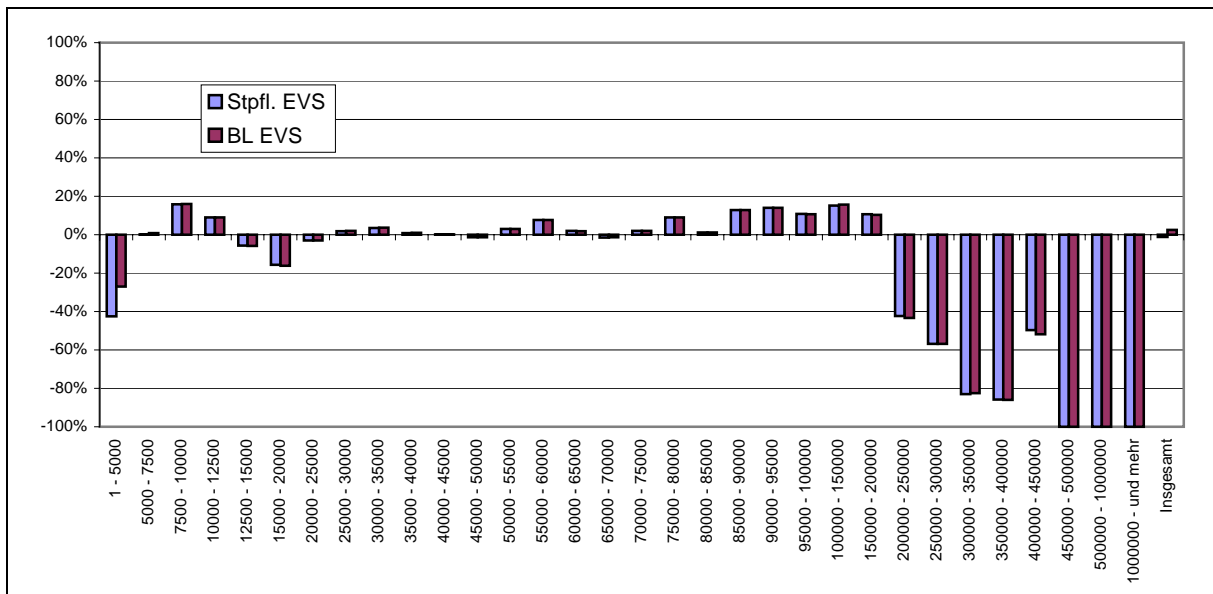
⁵³ Folgende Hauptkategorien sind enthalten: (1) Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren; (2) Bekleidung, Schuhe; (3) Wohnungsmieten, Energie; (4) Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter der Haushaltsführung; (5) Güter für Gesundheits- und Körperpflege; (6) Güter für Verkehr und Nachrichtenübermittlung; (7) Güter für Bildung, Unterhaltung und Freizeit; (8) Uhren, Schmuck, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes und Güter sonstiger Art; (9) Andere Ausgaben ohne privaten Verbrauch.

⁵⁴ Vgl. Euler, M. (1983), S. 813 ff.

⁵⁵ Vgl. Hertel, J. (1997), S: 46.

⁵⁶ Der Bruttolohn der Steuerpflichtigen wurde aus deflationierten Mikrodaten der Evs zu den Einkommen aus unselbständiger Arbeit und Pensionen aus früheren Beamtenverhältnissen berechnet, wobei unterstellt worden ist, daß sich in einem Haushalt lediglich ein Ehepaar befinden kann.

Abbildung 3: Abweichungen in Bruttolohnsumme und Anzahl der Steuerpflichtigen der Evs von der Lohnsteuerstatistik 1992



7. Mikrodatensatz des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung

Dem Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung stehen zwei mit der Finanzverwaltung abgeglichene Mikrodatenfiles zur Verfügung⁵⁷. Für jeden Steuerfall liegt ein gesonderter Datensatz vor. Diese Datensätze enthalten detaillierte Angaben zu den einkommensteuerrechtlich relevanten Größen wie Höhe der Einkünfte bzw. des Bruttolohns innerhalb der einzelnen Einkunftsarten, Sonderausgaben, Werbungskosten, außergewöhnliche Belastungen etc. Alle Daten liegen in vollkommen anonymisierter Form vor, so daß in keinem Fall auf die Herkunft eines Steuerfalls geschlossen werden könnte⁵⁸. Die Stichprobe bezieht sich auf Steuerfälle des gegenwärtig nahezu vollständig vorliegenden Veranlagungsjahres 1993.

Einer der beiden Files beinhaltet 30.914 Datensätze von Steuerfällen, deren Steuer-schuld im Verfahren des Lohnsteuerjahresausgleichs ermittelt wird, der andere File beschreibt 57.527 Einkommensteuerfälle⁵⁹. Da die einzelnen Datensätze im Falle des Ehegattensplittings die Informationen von zwei Personen repräsentieren, liegen

⁵⁷ Vgl. Bork, C./Hochmuth, U./Kleimann, R. (1997).

⁵⁸ Innerhalb eines Datensatzes existieren weder persönliche Variablen zum Geschlecht, Alter bzw. Steuernummer noch solche zum Finanzamtsbezirk, Wohnort bzw. Landkreis des Zensiten.

⁵⁹ Im File der Einkommensteuerfälle ist allerdings auch ein nicht quantifizierbarer Anteil von veranlagten Lohnsteuerpflichtigen vorhanden.

die Angaben für insgesamt 137.059 steuerpflichtige Personen aus Baden-Württemberg vor. Die Auswahl der Datensätze erfolgte nach dem Prinzip der Zufallsstichprobe, so daß insbesondere im Hinblick auf die hohe Zahl der gezogenen Fälle von einer Repräsentativität der Daten für Baden-Württemberg ausgegangen werden kann.

Allerdings erfordert eine detaillierte Analyse kleinerer Teilgruppen, wie sie beispielsweise bei der Zerlegung der Population nach einzelnen Einkunftsarten oder nach Einkommensgrößenklassen entstehen, ein entsprechend umfangreiches Ausgangsmaterial. Eine Anwendung des Verfahrens der geschichteten Zufallsstichprobe, das durch eine Überrepräsentierung kleiner Subpopulationen eine Repräsentativität auch mit kleineren Fallzahl ermöglicht, war aus technischen Gründen leider nicht möglich.

Trotz der hohen Fallzahl kann es bei einer analytischen Zerlegung der Datenbasis zu nicht mehr repräsentativen Zellenbesetzungen kommen. Das heißt, sobald die Stichprobe gleichzeitig nach mehreren Kriterien, wie beispielsweise der überwiegenden Einkunftsart und der Einkommensklasse, betrachtet wird, ist die Zahl der Steuerfälle, die eine derartige Merkmalskombination aufweisen, unter Umständen nicht mehr ausreichend hoch, um die Grundgesamtheit verlässlich abzubilden. Die minimale Zellenbesetzung hängt dabei von der Höhe des noch als tolerierbar ansehbaren Zufallsfehlers innerhalb der Zellen ab. Dieser Wert schwankt je nach untersuchter Variable⁶⁰.

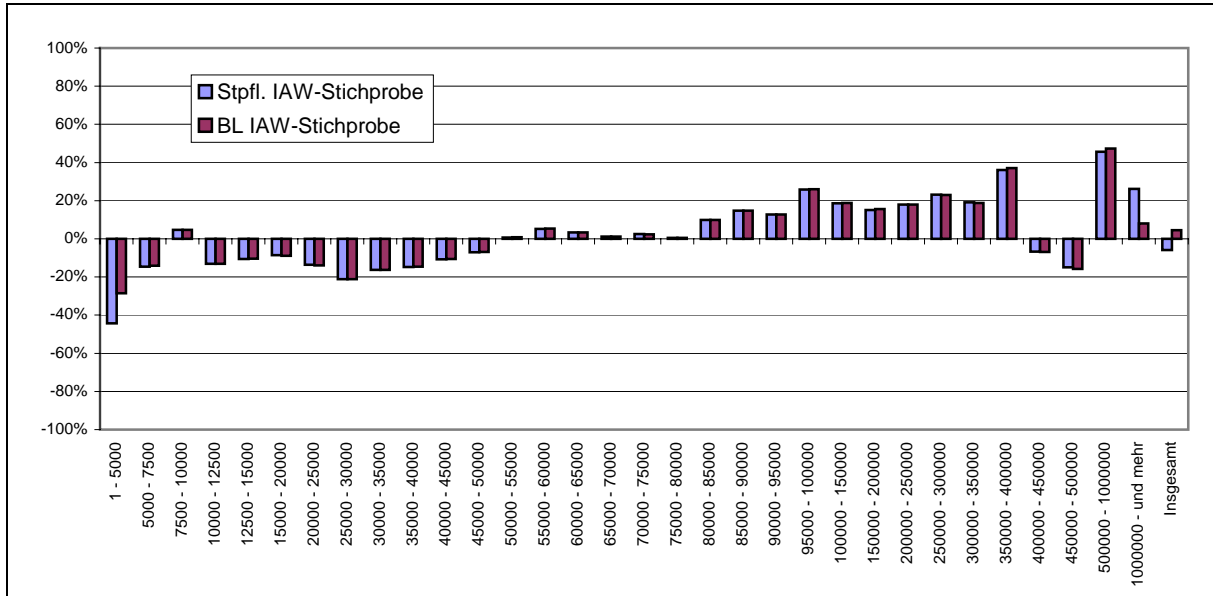
Nachfolgend wird die Bruttolohnsumme der Lohnsteuerstatistik mit der der hochgerechneten IAW-Stichprobe in den jeweiligen Einkommensklassen verglichen (vgl. Abbildung 4). Die Gesamtzahl der Steuerpflichtigen der Stichprobe ist um ca. 5,9 % niedriger als in der amtlichen Statistik⁶¹. Die Bruttolohnsumme muß natürlich insgesamt höher sein als in der Lohnsteuerstatistik, da der Bruttolohn von Einkommensteuerpflichtigen auch enthalten ist; dies ist mit 4,5 % auch der Fall. Analysiert man die Verteilung der Bruttolohnsumme, ist festzustellen, daß der untere Einkommensbereich tendenziell unterrepräsentiert, die oberen Einkommensklassen vergleichs

⁶⁰ Dies erfordert eine pragmatische Vorgehensweise: Für die hier vorliegende Datenbasis legen wir für die minimale Zellenbesetzung einer Merkmalskombination 25 Fälle fest. Kombinationen, die weniger Fälle aufweisen, sollten nur mit Vorsicht, besser gar nicht interpretiert werden.

⁶¹ Die zusammengeführte Lohn- und Einkommensteuerstatistik weist dagegen weniger Steuerpflichtige aus, so daß im Vergleich zur zusammengeführten Statistik die Zahl der Steuerpflichtigen in der IAW-Stichprobe um 0,8 % höher ist.

weise zu stark vertreten sind. Letzteres ist insbesondere auf die Mitberücksichtigung der Einkommensteuerpflichtigen zurückzuführen.

Abbildungung 4: Abweichungen in Bruttolohnsumme und Anzahl der Steuerpflichtigen der IAW-Stichprobe von der Lohnsteuerstatistik 1992



Insgesamt fallen die relativen Abweichungen von der amtlichen Statistik jedoch deutlich geringer aus als im SOEP oder bei der Einkommens- und Transferschichtung. Die Spanne der relativen Abweichungen der Bruttolohnsumme reicht von –28 % in der untersten Einkommensklasse bis zu 47 % in der Klasse von 500.000 bis unter 1.000.000 DM. Im Vergleich zur Evs wird der Bruttolohn und die Anzahl der Steuerpflichtigen über den gesamten Einkommensbereich abgebildet, wobei die Abweichungen in den unteren Einkommensklassen allerdings höher ausfallen.

8. Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS)

Seit 1980 existiert auch in der Bundesrepublik Deutschland eine Umfragestudie, die mit dem "General Social Survey" in den Vereinigten Staaten oder dem "British Social Attitudes" in Großbritannien vergleichbar ist⁶². Die Erhebung verfolgt im wesentlichen drei Ziele: Sie soll (1) die Analyse sozialer Lagen, Einstellungen, Werte und Verhaltensweisen sowie (2) die Beschreibung sozialen Wandels ermöglichen und (3) Daten für Forscher ohne Primärdatenzugang bereitstellen⁶³.

⁶² Vgl. ALLBUS 1994 (1995), S. 6.

⁶³ Vgl. ebenda, S. 5.

Als Basis eines Steuersimulationsmodells ist der Datensatz der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ungeeignet, da als einzige Einkommensvariable nur die Summe der Nettoeinkommen abgefragt wird. Jedoch weist diese Datenbasis andere Vorteile auf, die ihn zur Nutzung im Rahmen eines komplexeren steuerpolitischen Simulationsmodells qualifizieren. Neben demographischen Daten werden insbesondere Einstellungen zu unterschiedlichsten Themenkreisen erhoben⁶⁴. Von Interesse sind dabei insbesondere die wiederholt abgefragten Einstellungen zum Vertrauen zu staatlichen Institutionen bzw. zu sozialen Leistungen des Staates. Die Verteilung bestimmter Merkmalsausprägungen der Einstellung zu staatlichen Institutionen können anhand demographischer Daten und kategorialer Einkommensinformationen mit einem Basisdatensatz verknüpft werden, so daß in Verbindung mit verschiedenen Verhaltenshypothesen Reaktionen der Zensiten auf eine veränderte Besteuerung simuliert werden können.

9. International Social Survey Programme (ISSP)

Im Rahmen des "International Social Survey Programme" fanden von 1985 bis 1992 länderübergreifend Befragungen zu verschiedenen Schwerpunktthemen in bis zu 17 Ländern statt. Neben Umfragen zum Familienwandel, Religion u.a. ist die Beziehung der Befragten zum Staat sowie ihre Einstellungen zur sozialen Ungleichheit bereits zweifach erfragt worden.

Die Erhebung stellt eine wichtige Informationsquelle über Anschauungen zur Staats-tätigkeit dar. Insbesondere Einstellungsfragen nehmen einen breiten Raum ein⁶⁵. Sowohl zum Umfang staatlicher Regulierung als auch zur Progressivität des Steuer-system bis zum Widerstand gegen das staatliche Gewaltmonopol finden sich detail-lierte Fragen. Demographische Standardfragen und Informationen über das Fami-lieneinkommen sind ebenfalls im Datensatz enthalten.

Die aktuelle Umfrage zur Rolle des Staates fand 1990 statt und hatte einen Umfang von insgesamt 14.897 Befragten in neun Ländern. Davon entfielen mit 3.840 Re-spondenten ca. 25 % auf die Bundesrepublik Deutschland. Aus den alten Bundes-ländern stammen 2.812 aus den neuen 1.028 Fälle.

⁶⁴ Vgl. ALLBUS 1980-1994 (1995), S. 7 ff.

⁶⁵ Vgl. Codebook ISSP

Ebenfalls interessant zur Integration von Verhaltensänderungen in ein Simulationsmodell ist die Befragung zur sozialen Ungleichheit von 1992; sie erfolgte in 17 Ländern. In ihr werden z.B. Fragen zur persönlichen Einstellung über die Höhe der Steuern für geringe, mittlere und höhere Einkommen gestellt. An dieser Befragung nahmen 3.391 Personen in der Bundesrepublik Deutschland teil.

10. Zusammenfassende Übersicht

In Tabelle 1 werden ausgewählte Einkommensaggregate der unterschiedlichen Datensätze aus dem Jahr 1992 miteinander verglichen. Selbstverständlich sind - wie bereits erörtert - die Daten aufgrund von Abgrenzungsunterschieden nur eingeschränkt vergleichbar. Dennoch soll anhand der Gegenüberstellung ein Überblick über die entscheidenden Richtgrößen gegeben werden.

Im Jahr 1992 lebten nach den Ergebnissen des Mikrozensus 35,7 Mio. private Haushalte, die hochgerechneten Werte der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe beinhalten 35,6 Mio. Haushalte. Die Angaben aus der Einkommens- und Transfer-schichtung gelten für 28,7 Mio. Haushalte. Der Haushaltsfile des Sozio-ökonomischen Panels liefert - hochgerechnet - 36,7 Mio. Fälle. Die zusammengeführte Lohn- und Einkommensteuerstatistik schließt 27,1 Mio. Steuerpflichtige ein, wobei unter einem Steuerpflichtigen sowohl ein einzeln Veranlagter als auch zwei zusammenveranlagte Steuerfälle verstanden werden. Der gewichtete Mikrodatensatz des IAW umfaßt 28,2 Mio. originär Steuerpflichtige⁶⁶ und in Verbindung mit den Daten der Rentenbezieher, die aus dem Sozio-ökonomischen Panel integriert worden sind, 35,8 Mio. Steuerpflichtige.

⁶⁶ Da zum Zeitpunkt der Entwicklung des Mikrodatensatzes als Hochrechnungsrahmen lediglich die Verteilung des klassifizierten zu versteuernden Einkommens vorlag, ergeben sich mehr oder weniger deutliche Differenzen zu den aktuellen Ergebnissen der zusammengeführten Lohn- und Einkommensteuerstatistik.

Tabelle 1: Ausgewählte Einkommensaggregate 1992

Gegenstand der Nachweisung	Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ¹⁾		Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ²⁾		Lohn- und Einkommensteuerstatistik ³⁾	
	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%
Bruttolohn- und -gehaltssumme ⁷⁾	1.417,70	100,0	1.362,3	96,1	1.269,4 ⁸⁾	89,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit	513,81	100,0	430,7	83,8	213,5 ⁹⁾	41,6
Bruttoeinkommen aus Vermögen	118,73	100,0	99,5	83,8	53,7	45,2
Empfangene laufende Übertragungen	660,3	100,0	578,8	87,7	20,0 ¹⁰⁾	3,0
Bruttoeinkommen insgesamt	2.710,5	100,0	2.471,4	91,2	1.550,2	57,2
Geleistete laufende Übertragungen ⁷⁾	701,7	100,0	749,2	106,8
Verfügbares Einkommen	2.008,8	100,0	1.722,3	85,7

Gegenstand der Nachweisung	Einkommens- und Transferschichtung ⁴⁾		Sozio-ökonomisches Panel ⁵⁾		Mikrodatensatz des IAW ⁶⁾	
	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%	Mrd. DM	%
Bruttolohn- und -gehaltssumme ⁷⁾	1.214,3	85,7	1.372,3	96,8	1.446,8 ¹¹⁾	102,1
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit	409,7	79,7	190,5	37,1	244,6 ⁹⁾	47,6
Bruttoeinkommen aus Vermögen	183,0	154,1	40,4	34,0	70,6	59,5
Empfangene laufende Übertragungen	517,6	78,4	382,0	57,9	515,8 ¹⁰⁾	78,1
Bruttoeinkommen insgesamt	2.324,6	85,8	1.985,2	73,2	2.277,8	84,0
Geleistete laufende Übertragungen ⁷⁾	685,0	97,6	541,2	77,1
Verfügbares Einkommen	1.639,6	81,6	1.736,6	86,4

¹⁾ Ergebnisse für private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck (Statistisches Bundesamt (1996), S. 660). ²⁾ Einbezogen private Haushalte ohne Anstaltsbevölkerung und ohne Haushalte mit monatlichem Haushaltsnettoeinkommen von 35.000 DM und mehr, deflationiert mit den Veränderungsdaten der Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (Hertel, J. (1997), S. 45). ³⁾ Ergebnisse für lohn- und einkommensteuerpflichtige Personen nach der zusammengeführten Lohn- und Einkommensteuerstatistik (Statistisches Bundesamt (1997b), S. 536 f.). ⁴⁾ Haushalte der Einkommens- und Transferschichtung des DIW, früheres Bundesgebiet, Bruttoerwerbs- und Vermögenseinkommen aufgeteilt nach vom DIW veröffentlichten Quoten für Einkommen aus Unternehmertätigkeit, Vermögen und unselbständiger Arbeit (DIW (1994)). ⁵⁾ Berechnet aus den Daten des Sozio-ökonomischen Panels, Welle 10, 1992. ⁶⁾ Ergebnisse des Mikrodatensatzes des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung, deflationiert auf 1992. ⁷⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit abzüglich Pflichtbeiträge der Arbeitgeber zur Sozialversicherung. ⁸⁾ Einkünfte aus unselbständiger Arbeit inklusive Pensionen und andere Bezüge aus früheren Dienstleistungen. ⁹⁾ Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb, selbständiger Arbeit und Vermietung und Verpachtung vermindert um Verluste; ohne nicht ausgeglichene Verluste. ¹⁰⁾ Nur sonstige Einkünfte. ¹¹⁾ Bruttolohnsumme inklusive Pensionen und andere Bezüge aus früheren Dienstleistungen.

Wegen differierender Haushaltszahlen sowie der Zugrundelegung von Steuerpflichtigen bei den steuerstatistischen Datensätzen weichen auch die Aggregate der funktionalen Einkommensverteilung voneinander ab. Die höchste Übereinstimmung mit den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erzielt die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Dies ist kaum verwunderlich, da die Daten in Anlehnung an die Ergebnisse des Mikrozensus hochgerechnet werden⁶⁷. Die Einkommens- und Transferschichtung erreicht eine gute Übereinstimmung mit den Ergebnissen des früheren Bundesgebiets, ist jedoch für Untersuchungen Gesamtdeutschlands unbrauchbar. Die Lohn- und Einkommensteuerstatistik, der ohnehin andere Begriffsabgrenzungen zugrunde liegen, erreicht - abgesehen von Einkünften aus unselbständi

⁶⁷ Vgl. Euler, M. (1992), S. 467.

ger Arbeit - die Werte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht. Sie ist allerdings der Maßstab für die derzeit steuerlich relevante Verteilung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit.

11. Abschließende Bemerkungen

Angesichts der Überlegenheit mikroanalytischer Simulationsmodelle gegenüber Gruppensimulationsmodellen bei der Analyse differenzierter Reformmaßnahmen, sollten Mikrodatensätze in modernen Simulationsmodellen Anwendung finden. Aufgrund dessen steht als primärer Datensatz das SOEP, die EVs oder der Mikrodatensatz des IAW zur Verfügung. Keiner dieser Datensätze spiegelt die "Wahrheit" der bundesdeutschen Einkommensverteilung wider – jeder ist mit individuellen Mängeln behaftet. Die EVs berücksichtigt Einkommen über 420.000 DM überhaupt nicht, in dem SOEP sind diese Einkommenskategorien nur rudimentär und über 500.000 DM ebenfalls nicht vorhanden. Da sehr hohe Einkommen einen großen Anteil an der Steuerschuld aufweisen, sollten sie im Rahmen einer Steuersimulation auch Berücksichtigung finden. Aufgrund dessen ist es sinnvoll, den Datensatz des IAW als Basis für obere Einkommensklassen zu verwenden. Für die mittleren und unteren Einkommen ist die EVs in Betracht zu ziehen, zumal darin detaillierte Angaben zu den Ausgaben der einzelnen Haushalte vorliegen. Somit könnte sich ein Mikrodatenfile auf der EVs als Grundlage, ergänzt durch Informationen des IAW-Datensatzes, stützen.

12. Literaturverzeichnis

- ALLBUS 1980-1994 (1995): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften, Codebuch ZA-Nr. 1795, hrsg. vom Zentralarchiv für empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln und vom Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Köln/Mannheim.
- ALLBUS 1994 (1995): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften, Codebuch ZA-Nr. 2400, hrsg. vom Zentralarchiv für empirische Sozialforschung an der Universität zu Köln und vom Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA), Köln/Mannheim.
- Bedau, Klaus-Dieter/Freitag, Bernd/Göseke, Gerhard/Meinhardt, Volker/Klatt, Helmut (1982): Methodische Aspekte und empirische Ergebnisse einer makroökonomisch orientierten Verteilungsrechnung, Stuttgart, 1982.
- Bork, Christhart/Hochmuth, Uwe/Kleimann, Rolf (1998): Aufkommens- und Verteilungswirkungen aktueller Reformvorschläge der Einkommensbesteuerung in

der Bundesrepublik Deutschland, Manuskript, eingereicht bei den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik.

- Bork, Christhart/Hochmuth, Uwe/Kleimann, Rolf (1997): Zur mikroanalytischen Fundierung von Aufkommensschätzungen im Rahmen der Lohn- und Einkommensteuer, (unveröffentlichtes Gutachten des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung), Tübingen, 1997.
- Bork, Christhart/Müller, Klaus (1997): Effekte der Verrechnungsmöglichkeit negativer Einkünfte im deutschen Einkommensteuerrecht, Finanzwissenschaftliche Diskussionsbeiträge Nr. 19, Potsdam 1997.
- Bork, Christhart (1997): Ein einfaches mikroökonomisches Gruppensimulationsmodell zur Einkommensbesteuerung, Finanzwissenschaftliche Diskussionsbeiträge Nr. 13, Potsdam 1997.
- Brown, Charles/Duncan, Greg J./Stafford, Frank P. (1996): Data Watch - Panel Study of Income Dynamics, in: Journal of Economic Perspectives – Vol. 10, 1996, S. 155 ff.
- DIW (1994): Das Einkommen sozialer Haushaltsgruppen in Westdeutschland im Jahre 1992, in: DIW-Wochenbericht 45/94, S. 769 - 778.
- Emmerling, Dieter/Riede, Thomas (1997): 40 Jahre Mikrozensus, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1997, S. 160 - 174.
- Euler, Manfred (1983): Genauigkeit von Einkommensangaben in Abhängigkeit von ihrer statistischen Erfassung, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 10, 1983, S. 813 - 818.
- Euler, Manfred (1985): Erfassung und Darstellung der Einkommen privater Haushalte in der amtlichen Statistik, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 1, 1985, S. 56 - 62.
- Euler, Manfred (1992): Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 7, 1992, S. 463 - 469.
- Gyárfás, Gábor/Quinke, Hermann (1993): Ein Verfahren zur Konstruktion synthetischer Mikrodaten aus aggregierten Daten, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Vol. 77, S. 149 – 165.
- Haisken-De New, John P./Frick, Joachim R. (1996): The GSOEP Study – Desktop Companion to the German Socio-Economic Panel Study (GSOEP), Version 1.0, September 1996, hrsg. vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin.
- Hanefeldt, Ute (1987): Das Sozio-ökonomische Panel – Grundlagen und Konzeption, Frankfurt/New York, 1987.
- Heike, Hans-Dieter/Hellwig, Otto/Kaufmann, Achim (1988): Das Darmstädter Mikrosimulationsmodell – Überblick und erste Ergebnisse -, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Vol. 72, S. 109 – 129.
- Hertel, Jürgen (1997): Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte 1993. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 1/1997, S. 45 – 58.

- Hüther, Michael (1992): Aufkommens- und Verteilungswirkungen von Grundeinkommensvorschlägen, in: Petersen, Hans-Georg/Hüther, Michael/Müller, Klaus (Hrsg.): Wirkungsanalyse alternativer Steuer- und Transfersysteme – Das Beispiel der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/Main New York 1992.
- Kasella, Thomas (1994): Ein Verküpfungsalgorithmus zur Zusammenführung von Steuerprozeßdaten und Umfragedaten, in Hauser, Richard/Ott, Notburga/Wagner, Gert: Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik, Band 2, Erhebungsmethoden, Analysemethoden und Mikrosimulation, Frankfurt 1994, S. 153 - 178.
- Kitterer, Wolfgang (1986): Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes (Evs), in: Lindner, H. (Hrsg.): Aussagefähigkeit von Einkommensverteilungsrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1986, S. 25 - 102.
- Kopsch, Günter (1988): Ziele, Möglichkeiten und Grenzen der Einkommensdarstellung in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, in: Reich, Utz-Peter (Hrsg.) (1988): Aufgaben und Probleme der Einkommensstatistik – Erstellung, Nutzung, Interpretation, Sonderhefte zum Allgemeinen Statistischen Archiv, Heft 26, Göttingen, S. 7 - 36.
- Krupp, Hans-Jürgen (1975): Möglichkeiten der Verbesserung der Einkommens- und Vermögensstatistik, Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Band 50, Göttingen 1975.
- Lindner, Helmut./Freitag, Bernd (1986): Die Einkommensverteilungsrechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), in: Lindner, H. (Hrsg.): Aussagefähigkeit von Einkommensverteilungsrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1986 S. 141 - 436.
- Müller, Matthias (1992): Aufkommens- und Verteilungseffekte alternativer Ausgabensteuersysteme, in: Petersen, Hans-Georg/Hüther, Michael/Müller, Klaus (Hrsg.): Wirkungsanalyse alternativer Steuer- und Transfersysteme – Das Beispiel der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/Main New York 1992.
- Nagel, Thomas (1992): Allokative und distributive Effekte einer umweltgerechten Umgestaltung des deutschen Steuersystems, Gießen.
- Pannenberg, Markus/Rendtel, Ulrich (1996): Dokumentation des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP): Erhebungsdesign, Fallzahlen und erhebungsbedingte Ausfälle sowie die Schätzung von Ausfallwahrscheinlichkeiten bis Welle 12 (1984 bis 1995) [Stichprobe A, B und C], Diskussionspapier Nr. 137a, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin.
- Reich, Utz-Peter (Hrsg.) (1988): Aufgaben und Probleme der Einkommensstatistik – Erstellung, Nutzung, Interpretation, Sonderhefte zum Allgemeinen Statistischen Archiv, Heft 26, Göttingen.
- Schüler, Klaus (1988): Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen: Ausgangsstatistiken und ihre Zusammenführung, in: Reich, Utz-Peter (Hrsg.) (1988): Aufgaben und Probleme der Einkommensstatistik – Erstellung, Nutzung, In

terpretation, Sonderhefte zum Allgemeinen Statistischen Archiv, Heft 26, Göttingen, S. 37 - 66.

Statistisches Bundesamt (1995): Finanzen und Steuern, Fachserie 14, Reihe 7.1 Einkommensteuer 1989, Stuttgart 1995.

Statistisches Bundesamt (1996): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1996, Stuttgart 1996.

Statistisches Bundesamt (1997a): Wirtschaftsrechnungen. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Fachserie 15, Heft 4, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte, Stuttgart.

Statistisches Bundesamt (1997b): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1997, Stuttgart 1997.

van Essen, Ulrich/Kassella, Thomas/Landua, Martin (1986): Ein Simulationsmodell auf der Basis des Sozio-ökonomischen Panels, SFB 3 – Arbeitspapier Nr. 188, Frankfurt und Mannheim 1986.

van Essen, Ulrich/Kassella, Thomas (1988): Die Einkommensangaben im Sozio-ökonomischen Panel des Sonderforschungsbereich 3 und ihre Relevanz für steuerpolitische Simulationen, in: Reich, Utz-Peter (Hrsg.) (1988): Aufgaben und Probleme der Einkommensstatistik – Erstellung, Nutzung, Interpretation, Sonderhefte zum Allgemeinen Statistischen Archiv, Heft 26, Göttingen, S. 133 - 166.

Wagenhals, Gerhard (1996): Wohlfahrt und Besteuerung, in: Wohlfahrtsmessung: Aufgabe der Statistik im gesellschaftlichen Wandel: Beiträge zum wissenschaftlichen Kolloquium am 16./17. November 1995 in Wiesbaden/Statistisches Bundesamt, Forum der Bundesstatistik Band 29, 1996.

Bisher erschienene Beiträge:

Nr. 1	7/95	H.-G. Petersen	Economic Aspects of Agricultural Areas Management and Land/Water Ecotones Conservation
Nr. 2	7/95	H.-G. Petersen	Pros and Cons of a Negative Income Tax
Nr. 3	7/95	C. Sowada	Haushaltspolitische Konsequenzen steigender Staatsverschuldung in Polen
Nr. 4	8/95	C. Bork	Die Elektrizitätswirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland - Das Tarifpreisgenehmigungsverfahren und seine Auswirkungen auf eine potentielle Netzübernahme nach Ablauf von Konzessionsverträgen
Nr. 5	10/95	H.-G. Petersen	Transformation Process After Five Years: Behavioral Adaptation and Institutional Change - The Polish Case
Nr. 6	11/95	C. Bork K. Müller H.-G. Petersen Wirths	Wider den Sachzeitwert - Untersuchung zur Frage des angemessenen Übernahmepreises von Elektrizitätsversorgungsnetzen
Nr. 7	1/96	C. Sowada	Sozialpolitik im Transformationsprozess am Beispiel Polens
Nr. 8	4/96	K. Müller T. Nagel H.-G. Petersen	Ökosteuerreform und Senkung der direkten Abgaben: Zu einer Neugestaltung des deutschen Steuer- und Transfersystems
Nr. 9	6/96	H.-P. Weikard	The Rawlsian Principles of Justice Reconsidered
Nr. 10	9/96	H.-G. Petersen	Effizienz, Gerechtigkeit und der Standort Deutschland
Nr. 11	10/96	H.-P. Weikard	Sustainable Freedom of Choice - A New Concept
Nr. 12	2/97	C. Bork K. Müller	Aufkommens- und Verteilungswirkungen einer Reform der Rentenbesteuerung mit einem Kommentar von H.-P. Weikard zu Rentenbesteuerung und Korrespondenzprinzip
Nr. 13	2/97	C. Bork	Ein einfaches mikroökonomisches Gruppensimulationsmodell zur Einkommensbesteuerung
Nr. 14	3/97	H.-G. Petersen	Das Neuseeland Experiment: Ist das die zukünftige Entwicklung des deutschen Sozialstaats?
Nr. 15	4/97	H.-P. Weikard	Contractarian Approaches to Intergenerational Justice
Nr. 16	8/97	H.-G. Petersen C. Bork	Schriftliche Stellungnahme zum Entwurf eines Steuerreformgesetzes (StRG) 1999 der Fraktionen CDU/CSU und F.D.P.
Nr. 17	10/97	H.-P. Weikard	Property Rights and Resource Allocation in an Overlapping Generations Modell
Nr. 18	10/97	C. Sowada	Wieviel Staat braucht der Markt und wieviel Staat braucht die Gerechtigkeit? Transformation des polnischen Sozialversicherungssystems im Lichte der deutschen Erfahrungen
Nr. 19	12/97	C. Bork K. Müller	Effekte der Verrechnungsmöglichkeit negativer Einkünfte im deutschen Einkommensteuerrecht